

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 18.11.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Anfrage zur Errichtung eines Mobilfunkstandortes (Bau- und Umweltausschuss 02.09.2015) - Bericht der Verwaltung und Vortrag der Antragsteller -	5
3 XXXI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren Vorlage: FB1/0304/2015	6
4 VII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 Vorlage: FB5/0295/2015	7
5 XXXVII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren Vorlage: FB5/0309/2015	8
6 II. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012; Hier: Konkretisierung der Vorgaben für liegende Grabmale auf Wiesengrabstätten III. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012; Hier: Änderung der Gebührentarife Vorlage: SB11/0303/2015	10
7 Forum Wasserturm - Planungsstudie zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0099/2015	11
8 Bauprogramm Hochbau 2016 Vorlage: SIM/0097/2015	12
9 Haushaltsentwurf 2016 sowie Finanzplanung 2017 bis 2019	12
10 Anträge	35
10.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 28.10.2015 zum Wirtschaftswegekonzept Vorlage: FB5/0089/2015	35
11 Anfragen	35
12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	35

13	Termin der nächsten Sitzung: 03. Februar 2016.....	35
14	Verschiedenes	35

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

Herr Norbert Paas Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Heinz Jürgen Kaden

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger abwesend von 20.00 Uhr bis 21.15 Uhr, TOP 9

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Herrn Behlen von 20.00 Uhr bis 21.15 Uhr, TOP 9

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger anwesend bis 18.45 Uhr, TOP 7

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Schmoll ab 18.45 Uhr, ab TOP 8

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Karsten Weigmann Sachkundiger Bürger anwesend bis 20.00 Uhr, TOP 9

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Ekkehard Deußen	Fachbereich 5
Frau Dana Frey	Fachbereich 1
Frau Anke Hartl	Fachbereich 5
Herr Detlev Horn	Fachbereich 1
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien SB 11
Herr Bernd Schautz	Bereichsleiter Fachbereich 5
Herr Wolfgang Trapp	Fachbereich 5
Herr Matthias Unzeitig	Fachbereich 5
Herr Christian Volmerich	Service Finanzen

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau	Fachbereich 5
------------------------	---------------

Gäste

Frau Anke Dahlhoff	zu TOP 2 von der pbz Planungs- und Baubetreuungsgesellschaft mbH für die Vodafone GmbH
Herr Markus Kremer	zu TOP 2, Projektingenieur von der Vodafone GmbH
Herr Dipl.-Ing. Peter Lumma	zu TOP 2 von der Vodafone GmbH

es fehlen:

von der SPD-Fraktion

Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die zahlreichen, kurzfristigen Fraktionsanträge als Tischvorlagen zu TOP 9 – Haushaltsberatung. Die Fraktionsanträge sind sortiert nach der Reihenfolge der vom Bau- und Umweltausschuss zu behandelnden Produkte. Der Ablauf der heutigen Beratung sollte dies zur besseren Übersicht berücksichtigen.

Gleichwohl bittet der Vorsitzende die Ausschussmitglieder alle Anträge, auch die schriftlich vorliegenden, mündlich zu stellen.

Der unter TOP 10.1 der Einladung vorliegende Antrag zum Wirtschaftswegekonzept sei haushaltswirksam und ist deshalb ebenfalls bei TOP 9 zu beraten.

Der Bau- und Umweltausschuss ist damit einvernehmlich einverstanden.

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende gibt den anwesenden Einwohnern und Einwohnerinnen Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Dies wird nicht in Anspruch genommen.

2 **Anfrage zur Errichtung eines Mobilfunkstandortes (Bau- und Umweltausschuss 02.09.2015) - Bericht der Verwaltung und Vortrag der Antragsteller -**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dahlhoff und die Herren Lumma und Kremer für die Vodafone GmbH

(Anmerkung der Schriftführerin:

In der Sitzung am 2. September 2015 hatte der Bau- und Umweltausschuss den Antrag der Firma Vodafone GmbH zur Errichtung eines 40 Meter hohen Mobilfunkmastes am Sportplatz (Höhe Grüner Weg) abgelehnt. Die Antragstellerin wurde darum gebeten, die Notwendigkeit und den Bedarf darzulegen und nach einer anderen geeigneten Möglichkeit für das Schließen der Funklücke zu suchen.)

Für die Vodafone GmbH erläutert Dipl.-Ing. Peter Lumma einige technische und planerische Grundlagen zum Mobilfunk und den Sachverhalt bezüglich des Altstandorts „In der Loh“. Dieser sei vom Gebäudeeigentümer zum 31. Dezember 2015 gekündigt worden. Der Wegfall des Standortes könne nicht durch umliegende Standorte kompensiert werden. Um auch künftig eine ausreichende Mobilfunkversorgung für den nördlichen Teil von Lank-Latum sicherzustellen, ergebe sich der dringende Bedarf für einen Ersatzstandort. Herr Lumma verdeutlicht die Versorgungssituation anhand mehrerer Plots.

Nach der Kündigung des Antennenstandortes seien bislang insgesamt zehn Ersatzstandorte untersucht worden, insbesondere entlang der Uerdinger Straße und im Gewerbegebiet. Zum Teil seien diese jedoch funktechnisch nicht geeignet, zum Teil sei es nicht möglich gewesen, mit den Gebäudeeigentümern zu einem Vertragsabschluss zu kommen.

Als geeignete Variante sei zuletzt der Kirmesplatz identifiziert worden. Dort könnte durch den Bau eines etwa 20 Meter hohen Mastes die Versorgungsqualität erhalten werden.

Herr Bechert macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Meerbusch derzeit Standorte für den Neubau von Sirenen suche; ein Mast auf dem Kirmesplatz könne hierfür eventuell mitgenutzt werden.

Auf Rückfragen aus dem Ausschuss erläutert Herr Lumma, dass auch andere denkbare Standorte (z.B. Wasserturm, Kirchturm, Mitnutzung Telekom) bereits bewertet wurden, jedoch nicht geeignet seien.

Herr Bechert erläutert, die kommunale Abstimmung bei neuen Standorten erfolge normalerweise ohne Hinzuziehung des Ausschusses (z.B. bei Privathäusern oder beim Ausbau bestehender Anlagen), in diesem Fall sei ausnahmsweise der Ausschuss eingebunden, da es sich um Baumaßnahmen auf städtischen Grundstücken handele.

Im Verlauf der Diskussion wird deutlich, dass der Kirmesplatz als Standort für einen Mobilfunkmast keine Zustimmung findet. Ratsherr Meffert empfiehlt, den Kontakt mit der Wirtschaftsförderin zu suchen, um gegebenenfalls bei den Gewerbebetrieben in der Loh weitere Optionen zu finden. Rats herr Banse legt Wert darauf, dass durch eine Mithilfe der Stadt bei der Standortsuche nicht der Eindruck der Wettbewerbsverzerrung erweckt werde.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass heute keine Lösung gefunden werden könne.

Anmerkung der Schriftführerin: Als Anlage ist die Darstellung über die Versorgungssituation von Herrn Lumma beigelegt.

3 XXXI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren Vorlage: FB1/0304/2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die XXXI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren (*Anlage*) zu beschließen und die Unterdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2014 in den Jahren 2017/2018 auszugleichen.

Die Gebührenkalkulation 2016 wird Gegenstand dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sprecher im Rat: Rats herr Jürgens

**4 VII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008
Vorlage: FB5/0295/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2016 wird auf 2,16 €/m³, die Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2016 wird auf 0,97 €/m² festgesetzt. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2016 wird Gegenstand des Beschlusses.
2. Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wird die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2014 zu 60%, das sind 57.104,73 €, kostenmindernd vorgetragen. Die verbleibenden 10 % der Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2013 (33.158,93 €) werden kostenmindernd vorgetragen.
3. Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr erfolgt aus der Überdeckung der Betriebskostenabrechnung 2012 ein kostenmindernder Vortrag in Höhe der verbleibenden 30%, das sind 96.117,27 €, ein kostensteigerender Vortrag der bisher nicht verwendeten 50% der Unterdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2013, das sind -25.758,72 € und ein kostenmindernder Vortrag aus der Betriebskostenabrechnung 2014 in Höhe von 100%, das sind 113.859,18€. Aus der Sonderrücklage für den Gebührenaussgleich werden 219.975,36 € entnommen und kostenmindernd eingesetzt.
4. Die Jahresgebühr für das Ablesen der Wasserzweischenzähler, den Ersteinbau des Wasserzweischenzählers und die Zählerauswechslung im Rahmen des Eichgesetzes wird auf 25,51 € festgesetzt.
5. Die VII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 (*Anlage*) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den berücksichtigten kalkulatorischen Zinssatz von 6 % auf 4 % zu reduzieren und die Gebühren auf dieser Grundlage neu zu berechnen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zu dem Antrag von Ratsherrn Gabernig im Namen der FDP-Fraktion stellt Herr Trapp fest, dass der kalkulatorische Zinssatz von 6 % zulässig und geboten sei.

Sprecher im Rat: Ratsherr Jürgens

**5 XXXVII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB5/0309/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Anteile der Allgemeinheit an den einzelnen Straßengruppen werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	2 %
b) Fußgängerzonen	67 %
c) Innerörtliche Straßen	21 %
d) Überörtliche Straßen	30 %

- Aus dem Betriebsergebnis 2012 wird die verbliebene Unterdeckung bei den Anliegerstraßen zu 50% (-12.054,70 €) und bei den Fußgängerzonen ebenfalls zu 50% (-1.032,59 €) vorgetragen.

Aus dem Betriebsergebnis 2013 werden die Unterdeckung bei den Anliegerstraßen zu 50% (-1.040,19 €), bei den Fußgängerzonen zu 50 % (-754,74 €), bei den innerörtlichen Straßen zu 60% (-52.118,94 €) und bei den überörtlichen Straßen zu 50% (-15.462,37 €) kostensteigernd in die Kalkulation 2016 vorgetragen.

- Die Gebührensätze je Meter Grundstücksseite werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	1,76 €/m	(2015: 1,60 €/m)
--------------------	----------	------------------

b) Fußgängerzonen	12,10 €/m	(2015: 9,60 €/m)
c) Innerörtliche Straßen	5,11 €/m	(2015: 5,91 €/m)
d) Überörtliche Straßen	5,09 €/m	(2015: 5,67 €/m)

4. Die XXXVII. Änderungssatzung (*Anlage A*) und die zugehörigen Änderungen zum Straßenverzeichnis (*Anlage B*) werden beschlossen.
Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Sprecher im Rat: Ratsherr Jürgens

Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Gebührensatz unter Ziffer 3. b) bei den Fußgängerzonen von 12,10 €/m auf den Gebührensatz von 2015 in Höhe von 9,60 €/m zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig begründet den Antrag im Namen der FDP-Fraktion mit der gravierenden Erhöhung von ca. 30 %. Er könne nicht feststellen, dass dieser Gebührenerhöhung eine entsprechende Verbesserung der Leistung gegenüber stehe.

Herr Trapp erläutert, dass die Gebühren getrennt nach Straßenarten kalkuliert werden. Da in der Kalkulation die voraussichtlichen Kosten im Bereich der Fußgängerzonen berücksichtigt wurden, könne die Gebühr nur niedriger werden, wenn der Allgemeinanteil von derzeit 67% erhöht würde.

**6 II. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012;
Hier: Konkretisierung der Vorgaben für liegende Grabmale auf Wiesengrabstätten**

**III. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012;
Hier: Änderung der Gebührentarife
Vorlage: SB11/0303/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die II. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung (*Anlage 1*) zu beschließen.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die III. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung (*Anlage 2*) mit einer Erhöhung der Gebührentarife um durchschnittlich 16,75 % bei einem Kostendeckungsgrad von 80,03 % zu beschließen. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	12	5	0

Sprecher im Rat: Ratsherr Jürgens

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die III. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung abzulehnen. Eine Einnahmeverbesserung muss erzielt werden, aber nicht durch den in der Vorlage genannten Weg. Die Berechnung soll nach bisheriger Grundlage erfolgen und in den Haushalt aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	5	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass die Entscheidung über die geänderte Methode zur Kalkulation der Friedhofsgebühren zu kurzfristig angestrebt worden sei. Es müsse über eine grundsätzliche Gestaltungsänderung der Friedhöfe nachgedacht werden, um die Kosten zu senken. Dazu seien unterschiedliche Maßnahmen denkbar, deren Konkretisierung Zeit in Anspruch nehme.

Sachkundiger Bürger Schmoll ist der Meinung, dass die Urnenbestattung als einfachste aller Bestattungsarten möglichst kostengünstig bleiben soll.

Ratsfrau Neukirchen stellt die Frage, ob es möglich sei, die Liegezeit zu verkürzen, um dadurch die Zahl der Wiederkäufe von Gräbern und die Einnahmen zu erhöhen. Herr Betsch führt dazu aus, dass die in Meerbusch vorgeschriebene Ruhezeit von 25 Jahren aufgrund der Bodenbeschaffenheit nicht kürzer sein könne, da für den Zersetzungsprozess diese Zeit nötig sei.

Die Ratsherren Meffert und Denecke unterstützen das Vorhaben der Verwaltung, die Gebührenkalkulation gemäß den in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 04.11.2015 unter TOP 9.5 erläuterten Kriterien durchzuführen.

7 Forum Wasserturm - Planungsstudie zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0099/2015

Nach der Einführung von Herrn Klein unter Bezug auf die Informationsvorlage stellt Herr Schmoll, Geschäftsführer des Architekturbüros RKW-Rhode, Kellermann, Wawrowsky, Düsseldorf die Planungsstudie vor. Nachdem die bisher erarbeiteten Entwurfsvarianten mehr oder minder große, offene Überdachungen als Witterungsschutz für die Besucher vorsahen, sei man nun – auch nach Rücksprache mit den Betreibern und den Veranstaltern - zu der Überzeugung gelangt, dass nur ein ausreichend dimensioniertes Foyer als Lösung angesehen werden kann. In dem heute vorgestellten Entwurf seien die bestehenden Defizite berücksichtigt worden. Die Planung sehe einen Ersatz des heutigen Verbindungsganges zwischen Theater und Bistro in Form eines neuen Foyers vor. Über dieses neue Bauwerk erfolge dann zukünftig auch der Zugang in das Theater hinein. Eine erste Kostenschätzung habe ergeben, dass mit einem Kostenaufwand von ca. 360.000 € zu rechnen sei.

Herr Schmoll beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder und nimmt Anregungen z. B. hinsichtlich weiterer Toiletten und evtl. Kosteneinsparungen auf.

Abschließend weist Herr Klein darauf hin, dass die Planungsstudie am 25.11.2015 dem Kulturausschuss vorgestellt werde.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation des Architekturbüros ist als Anlage beigefügt.

8 Bauprogramm Hochbau 2016 **Vorlage: SIM/0097/2015**

Herr Klein erläutert die Maßnahmenliste anhand der Informationsvorlage und geht insbesondere auf die zusätzlich geplante Contracting-Maßnahme zur Finanzierung der neuen Heizzentrale des Mataré-Gymnasiums ein.

Er beantwortet Fragen dahingehend, dass der Vertragspartner einer Contracting-Maßnahme den Bau und die Unterhaltung für 15 Jahre Nutzungszeit zahle. Die Stadt würde die Investitionen in Form eines Grund- und Wärmepreises begleichen. Zu dem Thema Aufzüge wird auf die neuen und strengereren Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung hingewiesen. Diese sei zurzeit umstritten, da die Umsetzung und erforderliche Nachbesserungen für den Endkunden extrem teuer werden. Ein Anschluss der Hauptschule an das Blockheizkraftwerk Ostara sei wegen der Entfernung nicht wirtschaftlich. Die Hauptschule verfüge jedoch bereits über einen Gaskessel und Wärmepumpen, an diese bestehende Heizzentrale wird dann auch die neue Kita Wienweg angeschlossen.

9 Haushaltsentwurf 2016 sowie Finanzplanung 2017 bis 2019

Zur Beratung liegen dem Bau- und Umweltausschuss vor:
der Entwurf des Haushaltes 2016 sowie die Finanzplanung 2017 bis 2019,

gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2015 zum Wirtschaftswegekonzept (TOP 10.1 der Einladung), der wegen der Haushaltswirksamkeit unter TOP 9 beraten wird,

als Tischvorlagen:
gemeinsame Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen,
Anträge der SPD-Fraktion
Anträge der FDP-Fraktion,
Anträge der UWG-Fraktion.

Die Fraktionsanträge wurden zwecks besserer Übersicht für die heutige Sitzung als Tischvorlage nach der Reihenfolge innerhalb der Haushaltsprodukte entsprechend dem Entwurf des Haushaltes geordnet.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Fraktionsanträge nach Produkten und eine Veränderungsliste mit Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind als Anlagen erkennbar.

Während der anschließenden Beratungen ruft der Vorsitzende die Fraktionsanträge entsprechend der Produktfolge auf. Gleichwohl fragt er zwischenzeitlich mehrmals, ob innerhalb der Produkte alle Anträge behandelt wurden und bittet die Fraktionen wegen der Kurzfristigkeit des Eingangs ihre Anträge mündlich vorzutragen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf einen schriftlichen Antrag der UWG-Fraktion vom 17.11.2015 zur Vermietung und Veräußerung von städtischen Immobilien, der direkt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zugeordnet wurde.

Fachbereich 1 – Umwelt

Produkt 110.537.010 – Abfallentsorgung, Seiten 479 - 482

Vorschlag der Verwaltung

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 4321 4000 – Abfallbeseitigungsgebühren- (Seite 479) von 4.236.000 € auf 4.244.500 € zu erhöhen und die Finanzplanung 2017 bis 2019 von jeweils jährlich 4.421.800 € auf 4.244.500 € zu reduzieren als Anpassung an die Gebührenkalkulation 2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Vorschlag der Verwaltung

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 4421 0000 –Erträge aus Verkauf- (Seite 479) und die Finanzplanung 2017 bis 2019 von jeweils jährlich 214.500 € auf 212.000 € zu reduzieren als Anpassung an die Gebührenkalkulation 2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Vorschlag der Verwaltung**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5241 0000 –Unterhaltung der baulichen Anlagen- (Seite 479) und die Finanzplanung 2017 bis 2019 von jeweils jährlich 7.000 € auf 13.000 € zu erhöhen als Anpassung an die Gebührenkalkulation 2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Vorschlag der Verwaltung**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5291 0000 –Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen- (Seite 479) und die Finanzplanung 2017 bis 2019 von jeweils jährlich 4.167.200 € auf 4.169.900 € zu erhöhen als Anpassung an die Gebührenkalkulation 2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 110 010 01 7831 0000 – Unterirdische Wertstoffcontainer und Papierkörbe – (Seite 480) von 45.000 € auf 5.000 € zu reduzieren, hier: Im Rheineck.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Produkt 110.537.020 – DSD Duale Systeme Deutschland, Seiten 483 - 486

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Produkt 140.561.010 – Umweltschutz, Seiten 611 - 616**Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 611) von 41.000 € um 10.000 € auf 51.000 € zu erhöhen. Lärmschutzmaßnahmen sind zu erarbeiten und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag.

Erster Beigeordneter Maatz stellt fest, dass der Arbeitskreis noch keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen habe und deshalb auch keine Kosten bekannt seien. Der Ansatz solle zum jetzigen Zeitpunkt unverändert bleiben.

Herr Horn beantwortet Fragen zu dem Produkt Umweltschutz.

Beschlussantrag der UWG-Fraktion vom 17.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5291 0000 – (Seite 611) von 41.000 € um 10.000 € auf 51.000 € zu erhöhen. Die Stadtverwaltung wird einen Fachanwalt zum Thema Luftverkehr beauftragen, ihre Interessen zum Schutz ihrer Bürger notfalls gerichtlich zu vertreten, falls keine Einigung in den Gremien oder seitens der Verantwortlichen zu erzielen ist.

Herr Bechert führt aus, dass im Bereich „Service Recht“ bereits Haushaltsmittel für externe Vertretungen vorhanden seien. Diese müssten ggf. angepasst werden.

Ratsherr Weyen zieht den Antrag im Namen der UWG-Fraktion zurück.

Fachbereich 5 – Straßen und Kanäle**Produkt 110.538.010 – Stadtentwässerung, Seiten 489 -510****Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (Seite 489/501) zu reduzieren. Mit der WBM soll verhandelt werden, um die bei dem Konto enthaltenen jährlichen Inkassokosten in Höhe von 197.000€ um 20 % = 39.400€ auf 157.600€ reduzieren zu können.

Nach Hinweis von Herrn Trapp auf die bestehenden Verträge, bittet Ratsherr Gabernig um Prüfung und Vertragsverhandlungen. Er nimmt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion zurück.

Produkt 120.541.010 – Straßen, Wege, Plätze, Seiten 517 - 538**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 4321 0000 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (Sondernutzungsgebühren) – (Seite 517) den Ansatz und die Finanzplanungen von jeweils 24.000 € auf 0 € zu streichen und die Abschaffung der Terrassengebühr zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	1	7	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Gemeinsamer Beschlussantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 010 06 7852 0000 - diverse Bau-maßnahmen von untergeordneter Bedeutung für die Neugestaltung des Festplatzes Osterath – (Seite 519) um 15.000 € zu erhöhen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei dem Festplatz Osterath um ein fiskalisches Grundstück handele. Zuständig sei der FB 6, Produkt 010 111 160, Sachkonto 5241 0000 und damit der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

gemeinsamer Beschlussantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 120 010 16 7852 1000 - Geländererneuerung Parkdeck Osterath – (Seite 520) den Ausgabebedarf in Höhe von 470.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Trapp erläutert, dass sich nach neueren Überlegungen der Verwaltung und verschiedenen Voruntersuchungen die Möglichkeit ergeben habe, einzelne Teile der Geländieranlagen nur auszutauschen. Insofern müsse die ursprünglich investive Maßnahme gegen eine konsumtive kostengünstigere getauscht werden.

Der Beschlussantrag vom 14.11.2015 wird nach diesen Ausführungen für erledigt erklärt.

Vorschlag der Verwaltung

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5216 0000 – Instandsetzung des Infrastrukturvermögens – (Seite 517) den Ansatz von 488.000 € um 25.000 € auf 513.000 € zu erhöhen. Die Reparatur des Geländers Parkdeck Osterath wird konsumtiv veranschlagt.

Die investive Maßnahme bei Konto 7. 120 010 16 7852 1000 – Geländererneuerung Parkdeck Osterath (Seite 520) mit insgesamt 470.000 € kann dafür entfallen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen, Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radwegkonzept – (Seite 517) konsumtiv von 30.000 € um 70.000 € auf 100.000 € zu erhöhen.

Das neue investive Konto 7. 120 010 09 7852 1000 – Sanierung von Radwegen – (Seite 520) wird von 0 € auf 100.000 € erhöht

Die Verwaltung wird beauftragt, Sanierungsvorschläge einschließlich der Kosten und Fördermöglichkeiten vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Auf Fragen der Ausschussmitglieder trägt Herr Trapp vor, dass verschiedene Maßnahmen in den Haushalt 2015 eingestellt waren und sich diese in der Realisierung befänden. Er geht auf die im Antrag genannten einzelnen Radwege an verschiedenen Straßen ein. Hier bestehen Problematiken z. B. im planerischen Bereich, Abstimmung mit der Rheinbahn, Durchführung einer Bürgerinformation etc. Unabhängig hiervon wird die Verwaltung die genannten Projekte in 2016 angehen.

Die Verwaltung beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Daraufhin wird die Verwaltung gebeten, aus ihrer Sicht Vorschläge zu erarbeiten.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 120 012 29 7852 0000 – Sanierung Rad- und Gehweg Willicher Straße (Hochstraße bis Rudolf-Lensing-Ring) – (Seite 524/534) den Gesamtausgabebedarf von 35.000 € um 25.000 € auf 10.000 € zu reduzieren.

Dieser Beschlussantrag wird nach den Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 517) den Ansatz und die Finanzplanung von 30.000 € um 25.000 € auf 5.000 € zu reduzieren. Das Rahmenkonzept für die Radverkehrsförderung soll verschoben werden.

Dieser Beschlussantrag wird nach den Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen.

Zu den Anträgen der FDP-Fraktion führt Herr Trapp aus, dass die Aufträge teilweise schon vergeben wurden.

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7. 120 011 50 - Planungskosten Dr.-Franz-Schütz-Platz - (Seite 523) den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 jeweils mit 10.000 € für die Neugestaltung zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh nimmt Bezug auf die geringe Aufenthaltsqualität.

Dem entgegnet Ratsherr Meffert, dass die Planung der Neugestaltung in Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu sehen sei.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 120 012 16 7852 0000 - Erschließung Auf dem Kamp (B-Plan 281) – (Seite 523) die Maßnahme zu streichen und dafür den Gesamtausgabedarf in Höhe von 940.000 € auf 0 € zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		1	2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	11	2

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der UWG-Fraktion vom 17.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 120 014 24 7852 1000 – Grundsanie rung Kemperallee – (Seite 525) von 200.000 € auf 0 € zu streichen. Auf die Grundsanie rung wird verzichtet und stattdessen ein neuer Oberbelag aufgebracht. Die Bäume bleiben erhalten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	1	16	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Trapp schlägt vor, den Ausbau der Kemperallee in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses im Ganzen zu beraten.

Ratsherr Weyen bittet um Abstimmung über den Antrag der UWG-Fraktion.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 120 016 03 7852 0000 – Am Oberbach und Rheindamm - (Seite 525) den Gesamtausgabebedarf von 700.000 € um 200.000 € auf 500.000 € zu reduzieren.

Herr Trapp bestätigt eine Reduzierung, da eine Anpassung nach der durchgeführten Submission erforderlich sei.

Daraufhin zieht Ratsherr Gabernig den Antrag zurück.

Vorschlag der Verwaltung:**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7.120 016 03. 7852 0000 – Am Oberbach und Rheindamm- (Seite 525) von 300.000 € um 130.000 € auf 170.000 € wegen des Submissionsergebnisses zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 120 012 22 7852 0000 – Grundsanie- rung an der Bundesbahn – (Seite 524) den Ansatz um 200.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Die Verwaltung erläutert, warum die Maßnahme vom Bau der Unterführung Osterath nur unwesent- lich tangiert ist. Ratsherr Gabernig nimmt darauf hin den Antrag zurück.

Produkt 120.546.010 – Parkeinrichtungen
(neues Produkt)

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 4321 XXXX - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (Parkgebühren) einen Ansatz mit 180.000 € zu veranschlagen. Es soll eine Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz eingeführt werden.

Gemeinsamer Beschlussantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2015

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 4321 XXXX - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (Parkgebühren) einen Ansatz mit 100.000 € zu veranschlagen.

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Einführung von Parkgebühren zum nächst möglichen Zeitpunkt und hierfür im Rahmen des Haushaltes eine Einnahme von 100.000 €. Die Fraktionen CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN gehen von einer auf das ganze Jahr gerechneten deutlich höheren Einnahme aus, denen allerdings in 2016 noch konkret zu ermittelnde Investitionskosten entgegen stehen.

Die Parkraumbewirtschaftung für Meerbusch soll folgende Grundsätze vorsehen:

1. Es werden Parkgebühren auf Meerbuscher Parkplätzen ab 30 Stellplätzen erhoben.
2. Überall wo dies möglich und sinnvoll ist sollen Schrankenanlagen installiert werden.
3. Die erste halbe Stunde ist kostenfrei.
4. Die zweite halbe Stunde kostet 50 Cent
5. Ab der zweiten Stunde beträgt die Gebühr 1 € pro Stunde.
6. Samstags werden keine Gebühren erhoben, es gilt die Parkscheibenregelung
7. Die Bewirtschaftungszeit geht von 9 bis 19 Uhr
8. Ein Tagesticket kostet 5 €
9. Ein Monatsticket kostet 30 €

Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah ein Umsetzungskonzept mit entsprechender Kostenübersicht, Einnahmen und Ausgaben vorzustellen. Ebenso soll eine Aussage zu den Aufgabenbereichen der Politessen getroffen werden, die verstärkt im Umfeld kontrollieren sollten, um Anwohnerbelastungen zu minimieren.

Nachdem Ratsherr Franz-Josef Jürgens den Antrag von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dargestellt hat, weist Herr Trapp darauf hin, dass in den Anträgen zur Parkraumbewirtschaftung den geschätzten Einnahmen keine Aufwendungen bzw. Auszahlungen gegenübergestellt worden sind. Je nachdem für welches Konzept man sich entscheidet (Fremdvergabe mit Ausschreibung oder eigener Bewirtschaftung) müssen entweder konsumtive Aufwendungen oder investive Auszahlungen im Haushalt geplant werden. Die Höhe der entsprechenden Aufwendungen bzw. Auszahlungen könne im Moment nicht von der Verwaltung angegeben werden.

So wären z. B. bei Errichtung eigener Schranken auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz möglicherweise 150.000 € investive Auszahlungen einzuplanen.

Ratsfrau Niegeloh gibt zu bedenken, dass die Stadt trotz der früheren SPD-Anträge bisher auf Einnahmen durch Parkgebühren verzichtet habe.

Ratsherr Gabernig möchte die Anträge bzw. das Thema der Parkraumbewirtschaftung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweisen, da eine Entscheidung heute zu kurzfristig sei.

Auf Anregung von Rats Herrn Franz-Josef Jürgens findet eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung statt.

Danach ist der Bau- und Umweltausschuss einvernehmlich damit einverstanden, die Fraktionsanträge von SPD und CDU / Bündnis90/Die Grünen sowie den Vorschlag der Verwaltung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zu verweisen.

Produkt 120.541.020 – Straßenbeleuchtung, Seiten 539 - 558

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5242 0000 - Unterhaltung und Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens, Stromkosten Straßenbeleuchtung – (Seite 539, 550, 551) - von 530.000 € um 30.000 € auf 500.000 € zu reduzieren.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die genauen gesamtwirtschaftlichen Einsparpotentiale einer offensiven Umstellung auf LED-Technik bezogen auf die finanzielle Einsparung und auf die CO₂-Einsparung in einer der kommenden Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses darzulegen. Bis zur Klärung der gesamtwirtschaftlichen Berechnung wird die Nachtabschaltung beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD			3
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	12	0	5

Herr Trapp erläutert die geplanten Energieeinsparungen durch die großflächige Einführung der LED-Technik bis 2020, die zu einer jährlichen Stromkosteneinsparung von ca. 85.000 €/a (nach heutigen Strompreisen) und einer CO₂-Reduzierung von ca. 215 t/a führen könnten. Wesentlich sei auch die Tatsache, dass eine 20 %-ige Förderung der LED-Technik in der Straßenbeleuchtung wieder möglich sei, die in Anspruch genommen werden solle.

Laut Ratsfrau Niegeloh ist wegen eines fehlenden Konzeptes heute keine Abstimmung möglich, die sich auf eine Aufhebung der Nachtabschaltung bezieht.

Rats Herr Meffert gibt zu bedenken, dass das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger zur Nachtabschaltung Berücksichtigung finden sollte.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5242 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens, Stromkosten Straßenbeleuchtung – (Seite 539, 550, 551) den

Ansatz von 530.000 € um 65.900 € auf 464.100 € zu reduzieren und die Finanzplanung entsprechend anzupassen. Die Nachtabschaltung soll beibehalten werden.

Ratsherr Gabernig nimmt den Antrag aufgrund des vorhergehenden Beschlusses zurück.

Produkt 120.545.010 – Straßenreinigung, Seiten 561 - 566

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Produkt 120.547.010 – ÖPNV, Seiten 569 - 574

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Produkt 130.555.010 – Wirtschaftswege, Seiten 599 - 604

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2015 **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt

1. die Erarbeitung eines Wirtschaftswegekonzeptes durch eine anteilig extern vergebene Untersuchung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt bis spätestens Ende Mai 2016 die hierfür erforderlichen Grunddaten zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen,
 - a. so die Erfassung der bestehenden Wirtschaftswege, im Einzelnen,
 - b. die Gesamtdarstellung des Wirtschaftswegenetzes,
 - c. die jeweiligen Eigentumsverhältnisse (städtisch, privat oder andere), den Ausbau- und Unterhaltungszustand der jeweiligen Wege,
 - d. den Gesamtwert des städtischen Anteils,
 - e. die Nutzbarkeit für die jeweiligen Verkehre,
 - f. die Erfassung der Anlieger und
 - g. weitere Fakten, die für die Erarbeitung eines Wirtschaftswegekonzeptes erforderlich sein könnten, und zwar in Abstimmung mit dem zu beauftragenden Unternehmen.
3. Für die zweite Stufe des Wirtschaftswegekonzeptes werden bei dem Konto 5429 0000 – Sonstige Aufwendung für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten – (Seite 599) veranschlagt:
 - ein Ansatz 2016 in Höhe von 20.000 € (vorher 0 €),
 - eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 15.000 € (vorher 0 €),
 - in der Finanzplanung 2017 15.000 € (vorher 0 €),
 - neuer Sperrvermerk über 15.000 €

4. Für das Haushaltsjahr 2016 werden die vorgesehenen Sanierungen von Wirtschaftswegen mit einem Sperrvermerk versehen.
 - a. dafür wird der Ansatz bei dem Konto 7.120 555 07 7852 1000 – Sanierung Wirtschaftsweg Der Lohweg von Hauptweg bis Scheidweg (Seite 601) von 30.000 € mit einem Sperrvermerk belegt.
 - b. dafür wird der Ansatz bei dem Konto 7. 130 555 13 7852 1000 – Sanierung Wirtschaftsweg Vorstenberg (Seite 601) von 80.000 € mit einem Sperrvermerk belegt.
 - c. dafür wird der Ansatz bei dem Konto 7.130 555 14 7852 1000 – Sanierung Wirtschaftsweg Talweg (Seite 602) von 15.000 € mit einem Sperrvermerk belegt.

5. Das Konzept soll durch ein externes Unternehmen erarbeitet werden

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	13	4	0

Der Technische Beigeordnete Assenmacher weist zu dem vorliegenden Antrag darauf hin, dass eine Übertragung von Mitteln aus dem Jahre 2015 nicht Gegenstand des Beschlusses sein kann, da diese Übertragung ausschließlich dem Kämmerer vorbehalten bleibe. Möglich sei jedoch eine Neuveranschlagung. Der Beschluss sollte deshalb dahingehend verändert werden.

Die SPD-Fraktion bezieht sich auf das bisherige Wirtschaftswegekonzept; von daher sollten die Ansätze beibehalten werden.

Herr Trapp stellt fest, dass eine Zustandserfassung der Wirtschaftswege durch die Verwaltung nicht möglich und hier ein externes Büro zu beauftragen sei. Weiterhin kann angesichts des Arbeitsumfanges nicht zugesagt werden, die geforderten Daten verwaltungsseitig bis Ende Mai 2016 liefern zu können. Die Aufgabenstellung des Ingenieurbüros für das Wirtschaftswegekonzept soll im Bau- und Umweltausschuss beschlossen werden.

Für Ratsfrau Neukirchen bestätigt dies. Es sei wichtig, zuerst die Nutzung und den Zustand der Wirtschaftswege festzustellen.

Nach weiterer Erläuterung und Diskussion bittet Ratsherr Peters um Abstimmung mit geänderter Fassung zu Ziffer 3. des Antrages.

Anmerkung der Schriftführerin:

Nach der Sitzung hat die Verwaltung festgestellt, dass es sich bei dem Konto 5429 0000 – Sonstige Aufwendung für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten – (Seite 599) um einen konsumtiven Aufwand handelt, bei dem eine Verpflichtungsermächtigung haushaltsrechtlich nicht möglich ist. Der Beschluss zu Ziffer 3. ist deshalb im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss mit einer konsumtiven Neuveranschlagung korrigiert wie folgt zu fassen:

ein Ansatz 2016 in Höhe von 35.000 € (vorher 0 €),
davon ein Sperrvermerk mit 15.000 €.

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2015
Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 130 555 01 7852 1000 - Diverse Wirtschaftswege bauliche Maßnahmen, Sperrung der Durchfahrt von Kfz bei Meyersweg in Meerbusch-Osterath und Kreuzwildweg in Meerbusch-Strümp (Seite 601) jeweils 10.000 €, somit gesamt 20.000 € zusätzlich zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird beauftragt bauliche Maßnahmen vorzuschlagen und nach Beratung umzusetzen, die verhindern, dass Kraftfahrzeuge diese Wege als Verbindung zwischen zwei Hauptstraßen nutzen können.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6	2	
SPD	1	2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	12	5	0

Herr Trapp nimmt Bezug auf die Wirtschaftswegekommision 2009, in der Betonprismen mit ca. 20 cm Höhe vorgestellt wurden. Landwirtschaftliche Fahrzeuge mit hoher Bodenfreiheit können diese ohne Behinderung, anders als normale Kfz, überqueren. Ratsherr Hoppe weist darauf hin, dass Landwirte bei diesen Konstruktionen z. B. ihre Erntehelfer nicht mehr mit PKW auf kurzem Wege zu den Feldern bringen können.

In der weiteren Diskussion wird mehrheitlich ein Handlungsbedarf herausgestellt, u. a. um Abkürzungsverkehre zu unterbinden.

SB 11 / Servicebereich Baubetriebshof, Friedhöfe, Grünflächen

Produkt 010.111.080 – Serviceleistungen Baubetriebshof, Seiten 77 - 88

Beschlussantrag der UWG-Fraktion vom 17.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 bei dem Konto 5241 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, - (Seite 77) werden jeweils von 712.000 € auf 640.000 € reduziert. Anstelle von zwei Pflegedurchgängen bei Gehölzflächen reicht ein Pflegedurchgang.

Dieser Antrag wird für erledigt erklärt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5241 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - (Seite 77) den Ansatz um 72.000 € zu reduzieren und die Finanzplanung 2017 bis 2019 auf 640.000 € zu reduzieren (Kürzung um 10 %).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	14	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Peters bittet die Verwaltung vor Ende der langfristigen Pflegeverträge, um Verständigung mit dem Bau- und Umweltausschuss.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 010 050 01 7831 0000 – Erwerb von beweglichem Vermögen +410, Hard-/Software zum Auslesen von Fehlern – (Seite 79, 84) von 45.000 € um 7.500 € auf 37.500 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Betsch erklärt die Erforderlichkeit der Auslesung von Fehlermeldungen, da viele Reparaturen durch die eigene Werkstatt durchgeführt werden können.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 02 7831 0000 – Erwerb von beweglichem Vermögen +410, Erfüllung von Bürgeranregungen (Seite 79,84) den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 jeweils von 5.000 € auf 0 € zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 02 7832 0000 – Erwerb von beweglichem Vermögen -410, Erfüllung von Bürgeranregungen (Seite 79/84) den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 jeweils von 5.000 € auf 0 € zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 58 7831 0000 – Sanierung der Spielplätze, Erwerb von beweglichem Vermögen +410 (Seite 79,84) den Ansatz und die Finanzplanung 2017 bis 2019 von jeweils 56.000 € um 5.600 € auf 50.400 € zu reduzieren (Kürzung um 10 %).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 63 7831 0000 – Anschaffungen für Sportplätze, Eingangsstele für Sportanlage Nierster Straße – (Seite 85) den Ansatz von 26.000 € um 7.000 € auf 19.000 € zu reduzieren

Nach den Erläuterungen von Herrn Betsch, dass nach einer alten Regelung alle Sportplätze Hinweisschilder haben, zieht Ratsherr Gabernig den Antrag zurück.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 91 7831 0000 – LKW Kipper offener Kasten über 7,5 t SB 11 Winterdienst, Erwerb von beweglichem Vermögen +410– (Seite 81, 85) den Ansatz von 95.000 € um 70.000 € auf 25.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Peters weist auf den Besichtigungstermin im Bauhof hin, bei dem der Anschaffungsbedarf eindeutig zu erkennen war.

Herr Betsch ergänzt, dass der Auftrag aufgrund der Beschlussfassung vor einem Jahr bereits erteilt wurde.

Vorschlag der Verwaltung
Beschluss.

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7. 010 051 02 7853 0000 – Eichendorff-Schule, Umgestaltung der Außenanlagen - (Seite 82/86) den Ansatz in Höhe von 5.000 € zu veranschlagen. Die Stadt bezuschusst die Maßnahme mit einem Anteil von 5.000 €. Der Ansatz wird zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

Der Bau- und Umweltausschuss verweist den Beschluss zur weiteren Beratung und Entscheidung an den zuständigen Ausschuss für Schule und Sport.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Herr Betsch trägt vor, dass eine Planungsgruppe der Eichendorff-Schule ein pädagogisches Konzept zur naturnahen, erlebnisorientierten Umgestaltung des Außengeländes erarbeitet habe. Für die Umsetzung sind insgesamt ca. 50.000€ erforderlich. Die Maßnahme soll weitestgehend über Fördermittel und Zuschüsse finanziert werden.

Hierfür wird um einen städtischen Zuschuss in Höhe von 5.000 € gebeten, der im Haushalt einzuplanen sei.

Ratsherr Peters stellt die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Sport fest. Von daher sollte der Bau- und Umweltausschuss den Ansatz zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 92 7831 0000 – Steiger SB 11 Baumpflege, Erwerb von beweglichem Vermögen +410– (Seite 81, 85) den Ansatz auf 190.000 € um 170.350 € auf 19.650 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 95 7831 0000 – LKW Kipper offener Kasten bis 3,5 t SB 11, Erwerb von beweglichem Vermögen +410– (Seite 82, 86) den Ansatz von 48.500 € um 38.500 € auf 10.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 99 7853 0000 – Grundschulverbund Wienweg, Umgestaltung Außenanlagen – (Seite 82/86) den Ansatz von 120.000 € um 100.000 € auf 20.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7. 010 050 99 7853 0000 – Grundschulverbund Wienweg, Umgestaltung Außenanlagen – (Seite 82/86) den Ansatz von 120.000 € beizubehalten und zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung und Entscheidung an den Ausschuss für Schule und Sport verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	1	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	9	8	0

Ratsherr Gabernig trägt vor, dass die Außenanlagen der Hauptschule im Wesentlichen übernommen werden könnten und Pflasterarbeiten ausreichen würden.

Herr Betsch erwidert, dass die Spielgeräte der Grundschule nicht zum neuen Standort Wienenweg versetzbar seien. Im Übrigen hätten Grundschüler andere Bedarfe als Hauptschüler.

Ratsherr Peters stellt die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Sport fest. Von daher sollte der Bau- und Umweltausschuss den Ansatz zunächst mit Sperrvermerk versehen und die Entscheidung darüber an den Ausschuss für Schule und Sport verweisen.

Produkt 130.551.010 – Unterhaltung von Grün- und Forstflächen, Seiten 581 - 588**Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2015****Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 5241 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Blühende Landschaften, Umsetzung des Verwaltungskonzeptes – (Seite 581,585) von 120.000 € um 27.000 € zu auf 147.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7.130 010 17 7853 0000 - Wegsanierung und Brücke am Latumer See -(Seite 581) einen Ansatz in Höhe von 86.000 € zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	3	13	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2015
Beschluss:

Der Bau- und Untweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7. 130 010 17 7853 0000– Sanierung der Brücke Latumer See – (Seite 583) einen Ansatz in Höhe von 25.000 € für Planungskosten zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	10	7	0

Ratsherr Meffert betont das Erfordernis einer externen Planung für die Sanierung der Brücke.

Ratsfrau Niegeloh sieht den Naherholungs- und Erlebniswert des Sees auch für ältere Menschen im Vordergrund und hält deshalb die Sanierung von Weg und Brücke für notwendig. Dem schließt sich Ratsherr Banse an und verweist auf ein überregionales Kulturkonzept, das evtl. den Latumer See mit berücksichtigen könnte.

Die Brücke sollte nach Meinung von Ratsherrn Gabernig aus Kosten- und Sicherheitsgründen abgerissen werden. Der Weg könne saniert werden.

Die Verwaltung beantwortet weitere Fragen.

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 130 010 12 7853 0000 - Grundsanierung Radweg Westumgehung Osterath – (Seite 583, 585) von 24.000 € um 22.000 € auf 46.000 € zu erhöhen. Die Finanzplanung 2017 wird von 22.000 € auf 0 € gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Herr Betsch erläutert die Beschädigungen am Radweg im Bereich der Westumgehung Osterath und weist darauf hin, dass mit den veranschlagten Mitteln der besonders betroffene Bereich zwischen Willicher Straße und Kaarster Straße saniert wird.

Ratsherr Welsch wünscht zunächst ein Konzept für die Radwegsanieerung.

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7. 130 010 07 7853 0000 – Anlage einer Spiel- und Freizeitfläche für die geplante Flüchtlingsunterkunft, Baumaßnahme Freizeitzentrum Am Eisenbrand – (Seite 584) mit 15.000 € zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	16	1	0

Ratsherr Meffert begründet den Antrag mit einem besseren Aufenthaltsangebot für die Flüchtlinge. Ratsherr Weyen hält dem entgegen, dass Flüchtlinge integriert und nicht abgesondert werden sollen.

Produkt 130.553.010 – Friedhofs- und Bestattungswesen, Seiten 591 - 596

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dem Ansatz bei dem Konto 4321 8000 nicht zu folgen, da die vorgelegte Friedhofsgebührensatzung abgelehnt wird.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	5	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Bau- und Umweltausschusses:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2016 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	10	7	0

10 Anträge

10.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 28.10.2015 zum Wirtschaftswegkonzept Vorlage: FB5/0089/2015

Dieser Antrag wurde bereits unter TOP 9 - Haushaltsentwurf 2016 - bei dem Produkt Wirtschaftsweg-ge behandelt.

Der Antrag wurde in abgeänderter Form mehrheitlich beschlossen.

11 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgelegte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

13 Termin der nächsten Sitzung: 03. Februar 2016

Nach dem Langzeitplan findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 03. Februar 2016 statt.

14 Verschiedenes

Ratsherr Welsch bittet darum, Anlagen möglichst frühzeitig ins Netz zu stellen.

Meerbusch, den 27. November 2015

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in